

Dresdener Volkszeitung

Postkassentor: Dresden
Aden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Cösch. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Woll und Seil" für einen halben Monat 1 M.
Eingangsnummer 10 M.
Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10,
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile
30 M., die 90 mm breite Nonpareilzeile 1,50 M., für answärtige An-
zeigen 35 M. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietsprüche
40 Proz. Rabatt. Für Dreimonatsbelegung 10 M.

Nr. 203

Dresden, Dienstag den 1. September 1925

36. Jahrg.



Rückblick auf Marseille

Von Tony Sender

An den Gestaden des Mittelmeeres, unter einer südlichen Sonne und inmitten einer farbenfrohen, verlockenden Natur, traten die Vertreter der sozialistischen Internationale zu ihrer zweiten Tagung seit Wiedererleben ihrer Organisation zusammen. In einem Milieu, das mehr zum Genießen denn zu intensiver Arbeit einlud, und dennoch dürfte wohl selten auf einer Tagung in knappen sechs Tagen und Nächten zusammengedrängt so emsig gearbeitet worden sein, als es in Marseille geschah. Freilich darf man in seiner Urteilsbildung nicht lediglich ausgehen von den Plenarsitzungen, sondern muß die Kommissionen berücksichtigen, in denen — wie es der Natur internationaler Tagungen, bei denen ja noch die Sprachschwierigkeiten hinzukommen, entspricht — die wesentliche Arbeit geleistet werden mußte. War Hamburg der Kongreß der Rekonstitutionierung der sozialistischen Internationale, so kann man mit Recht die Tagung von Marseille als den ersten Kongreß der Arbeit ansprechen. Am Morgen bereits begannen die Kommissionsitzungen, die am Nachmittag durch Plenarsitzungen abgelöst wurden, während in den Nachmittagsstunden zwischen neun und zwei Uhr noch diejenige Kommission „tagte“, die sich mit den wohl schwierigsten Problemen zu befassen hatte.

Wer sich aber emsig an den Arbeiten der Kommissionen beteiligte, wie dies die Schreiberin teils als Mitglied, teils als Uebersetzerin zu tun hatte, der wird sich auch über eines klar: Wesen und Tätigkeit der proletarischen Internationale haben gegenüber der Vorkriegszeit eine wesentliche Wandlung erfahren. Gewiß herrscht in allen Staaten mit Ausnahme Rußlands noch der Kapitalismus, ist das bürgerliche Regime noch an der Macht. Aber dennoch hat der Krieg eine starke Veränderung hervorgerufen, indem er durch den Sturz eines großen Teils der absoluten und halbabsolutistischen Monarchien, durch das Erwachen neuer Schichten der nichtbestehenden Bevölkerung, durch revolutionäre Umstürze den Einfluß der Arbeiterklasse und der sie vertretenden Parteien, in vielen europäischen Staaten vermehrt hat.

So kommt es, daß, was in der Vorkriegszeit für die Internationale in erheblichem Maße Festlegungen theoretischer Richtlinien waren, von denen man sich in seiner Politik als Opposition leiten ließ, heute bereits unmittelbare Vereinbarung zur Anwendung in der praktischen Politik geworden ist. Wir wollen dabei keineswegs bestreiten, daß auch in den Jahren vor dem Kriege die proletarische Internationale beides zu erreichen und zu verbinden trachten mußte: theoretische Klärung mit dem Zueinflangbringen der Haltung in der praktischen Politik. Aber während in der vergangenen Periode die Klärung im Vordergrund stand, ist heute die Uebereinstimmung der Haltung der sozialistischen Parteien in allen wichtigen Fragen der praktischen Politik das Dringende geworden. Daß hierbei die Gefahr eines zu starken Zurücktretens der prinzipiellen Klärung gegeben ist, soll dabei nur unterstrichen werden.

Diese Uebereinstimmung der Haltung aller sozialistischen Parteien über die Grenzen hinweg hat keineswegs als ausschließliche Domäne das Gebiet der äußeren Politik der Staaten. Vielmehr müssen auch in den wichtigsten Fragen der inneren und insbesondere der Sozial- und Wirtschaftspolitik Verständigung und gleichmäßiges Handeln unbedingt erreicht werden. Und man steuert diesem Ziele zu.

So reisten die Debatten in der Wästkundentags-Kommission beispielsweise, wie diese soziale Erzeugnisse auch in denjenigen Ländern, in denen sie gesetzlich verankert, bedroht ist, wenn nicht in den wichtigsten Staaten — und dazu gehört neben England in erster Linie Deutschland — der Kampf aufgenommen und bald zum Erfolg gebracht wird. Bedeutet es aber nicht ein Auf-dem-Wage-treten, wenn heute noch, genau wie auf dem ersten Pariser Kongreß der Internationale von 1889, lediglich die Forderung des Achtstundentages aufzunehmen wird? Die Frage wurde mit Recht aufgeworfen. Und doch ist das Problem in ein ganz anderes Stadium getreten. Es ist zu einer völlig im Vordergrund stehenden Frage des Tageskampfes geworden, über deren Durchföhrung man sich bereits in allen Einzelheiten zu verständigen beginnt, indem man über die allgemeine Formulierung von 1889 hinausgeht und bereits neben dem freien Sonnabendnachmittag eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit für bestimmte Berufe als nächsten unmittelbaren Kampfgegenstand aufstellt. Wir werden darüber hinausgehen müssen, soll die Arbeiterbewegung mit dem so rapide gewordenen Tempo unseres Zeitalters rasch entwickelter Technik und des Sozialkapitalismus Schritt halten.

Schon auf einer der nächsten Tagungen wird man beispielsweise die in der Kommission begonnene Debatte über die infolge ungeschürter Intensivierung der Arbeitsmethoden

und gesteigerten Arbeitsertrages notwendig werdende weitere allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit fortsetzen und zu neuen Vereinbarungen hinführen müssen. Eine neue Forderung bedeutet auch diesbezügliche über die Ueberwachung der Durchführung der Sozialgesetze durch Arbeiterkontrolle, wie sie beispielsweise in der Tschechoslowakei bereits gesetzlich festgelegt ist, wo u. a. keinerlei Ueberarbeit ohne Genehmigung durch die Arbeitervertreterkreise erfolgen darf.

Ein zweites Problem der Innenpolitik, das der Kongreß zu behandeln hatte, war das der Arbeitslosigkeit.

Hier war der Kommission eine viel schwierigere Aufgabe gestellt, da ja eine Lösung des Erwerbslosenproblems innerhalb der kapitalistischen Ordnung überhaupt unmöglich ist. Was uns freilich nicht hindern darf in allen Ländern übereinstimmende Maßnahmen zu fordern, die eine Sicherstellung der Existenz auch für die Arbeitslosen gewährleisten. Wenn aber in der angenommenen Resolution darüber hinaus eine internationale Organisation der Rohstoffe und des Handels mit Lebensmitteln unter der Kontrolle des Völkerverbundes und gar noch die Verteilung lebenswichtiger Waren zu stabilen Preisen durch internationale Verbände verlangt werden, so glauben wir doch aussprechen zu müssen, daß es verfehlt wäre, Anstöße zu erwecken, als könne der Kapitalismus aus seinen eigenen Interessen heraus diese Planmäßigkeit in der Wirtschaft und insbesondere diese umfangreiche Begrenzung des Profits international festlegen. Auf eine solche Organisation haben wir gewiß loszusteuern, dabei aber auch mit aller Klarheit auszusprechen, daß sie erst durch den Uebergang zu einer sozialistischen Organisation der Wirtschaft realisierbar sein wird. Das aber bedeutet keineswegs den Verzicht auf die Auffindung praktischer Lösungen, sondern die Aufsehung solcher Lösungen zugleich mit den Mitteln zu ihrer Erreichung, also ein harter Ansporn für den politischen Kampf zur völligen Umgestaltung der Gesellschaft.

Hier äußern sich Tendenzen in unserer Internationale, die auch bei Behandlung außenpolitischer Probleme auftreten und gegen die sich bereits eine Opposition geltend machte, der auch wir uns anschließen müssen. Hierüber wird in einem zweiten Artikel zu sprechen sein.

Was man ihnen nicht zeigte!

D. Berlin, 1. September. (Eig. Kunspruch.) In Berlin fand am Montag die Berichterstattung der Ersten Arbeiterdelegation nach Rußland statt. Es handelte sich um eine reine Schaukellung. Was die sorgfältig ausgewählten und noch sorgfältiger behüteten Rußlandreisenden zu berichten wußten, war eine vollkommen kritiklose Lobhudelei. Ein angebliches Mitglied der SPD, aus Chemnitz wollte die Redungen über die Zustände in Georgien damit üben strafen, daß er erklärte, die Führer der georgischen Arbeiterbewegung gegen die russische Invasion befanden sich in der Bittstelle sehr wohl und wären in Bezug auf Bewußtsein und Ueberzeugungsfreiheit ohne jeden Anzang. Ein anderer Redner hat auf seiner Reise entdeckt, daß man in Rußland keinen Sozialismus kennt, sondern das dort der Staatskapitalismus herrsche. Einem weiteren Rußlandfahrer hat folgendes Eindrud gemacht. Die Arbeiter in Deutschland streben immer danach, etwas Besseres zu sehen, in Rußland wolle jeder Bourgeois Arbeiter sein. Leider erlaube man im Laufe der Berichterstattung nichts über Lohn- und Arbeitsbedingungen, über Arbeiterstreik, über die Tätigkeit der Betriebsräte, auch nichts über die Möglichkeiten der Meinungsäußerung. Die Sowjetbehörden haben den Reisenden gezeigt, was sie für auf hielten. Was also berichtet wird, ist daher nichts als eine sowjetamtliche Darstellung der russischen Verhältnisse aus dem Munde einer deutschen Arbeiterdelegation, deren Bericht mit der rauen Wirklichkeit in Sowjetrußland kaum etwas gemein hat.

Eine Antwort der russischen Sozialdemokratie

Das Mitteilungsblatt der russischen Sozialdemokratie schreibt:

Die deutsche Arbeiterdelegation hat in Rußland ihre Aufmerksamkeit auch dem Gefängniswesen gewidmet und manderorts auch die Gefängnisse besucht und mit den politischen Gefangenen gesprochen. Wertwürdig ist allerdings, daß die „Delegierten“, soweit man aus der Presse erfieht, gerade die unbedeutendsten Provinzialgefängnisse in Nischni-Rotogorod und Perm zu ihrem Besuch auswählten haben und darüber hinaus nur noch in Tiflis mit den politischen Gefangenen gesprochen haben, allerdings nur mit den „reutigen“ Teilnehmern des vorjährigen Aufstandes, nicht aber mit den Kämpfern der Arbeiterbewegung, die ihr Haupt vor dem brutalen Sieger nicht gebeugt haben. Die wichtigsten politischen Gefängnisse, wie z. B. die in Sibirien und Jaroslavl oder das Konzentrationslager in Kiew, wo die Delegierten

Russisch-italienische Politik

Rom, Ende August 1925.

Als in dem faschistischen Mitteilungsblatt „Il Lavoro“ ein Interview mit dem russischen Botschafter Bergenhoff erschien, brachte man in Rom erstaunt auf. Man wußte zwar, daß Mussolinis Bestrebungen auf eine Annäherung an Rußland mit großer Eifer betrieben wurden, wobei sein Haß gegen England sicher eine der Haupttriebfedern gewesen ist. Wenn man aber den Ort, an dem der russische Botschafter seine Residenz hat, nämlich die faschistische Zeitung, die in engsten Beziehungen zu Mussolinis Hauptquartier steht, bemerkte, so gewann der Worte Bergenhoffs über die Sensation hinaus an politischer Bedeutung. Bergenhoff nannte zunächst die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Rußland ziemlich bedeutend und sprach die Erwartung aus, daß die Erzeugnisse der italienischen Industrie im Austausch mit dem Rohsta und dem Getreide Rußlands treten würden. Die Behauptung, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern schon bedeutend seien, ist allerdings wohl mehr eine freundliche Weisheit, denn in der Praxis hat die italienische Wirtschaft noch nicht allzuviele Vorteile von ihren russischen Beziehungen gehabt. Das Wichtigste in dem Interview des Botschafters aber waren nicht seine wirtschaftspolitischen Äußerungen, sondern eine programmatische politische Erklärung. Diese gipfelte darin, daß der Botschafter erklärte, die Freistellung der wirtschaftlichen Beziehungen schaffe auch eine Basis für eine politische Zusammenarbeit in gewissen Grenzen. Allerdings sei im Augenblick noch etwas schwierig voranzugehen, welche konkreten Formen diese Zusammenarbeit annehmen werde. Da aber Italien keine kolonialen Absichten im nahen und fernen Orient habe, so erscheine es sehr möglich, daß in diesen Ländern eine gewisse gemeinsame Aktivität auf dem diplomatischen Feld erzielt werde. Obendrein werde jede praktische Maßnahme dazu bei, den Frieden zu verstärken, den Rußland immer unterstützt habe.

Diese Erklärungen des Botschafters, die von der bürgerlichen Presse mit Rücksicht auf die Fiskus kaum kommentiert wurden, haben nur in den beiden sozialistischen Wälktern, dem Avanti und der Giustizia, ein Echo gefunden. Aber auch hier hat man sich unter dem Zwange der Zensur nur auf das Notwendigste beschränkt, und der Lesee muß sich seinen Teil dazu denken, wenn der Avanti z. B. schreibt: „Was denken sich eigentlich die russischen Arbeiter und Bauern bei diesem Interview?“ Die Italiener, fährt der Avanti fort, betrachten jedenfalls mit Verwundern und sicher nicht mit großer Sympathie gewisse wiederholte Ausschüde einer Vergleichen, die zweifellos die übliche diplomatische Höflichkeit gegen eine Regierung übersteigen, die nicht einmal eine der gewöhnlichen bürgerlichen Regierungen ist. Man kommt über die ausgesprochen machiebellistische „Offenheit“ der Erklärungen des Botschafters einer Regierung, die sich sozialistisch und den Plänen einer sozialistischen Internationale nennt. Die Giustizia ihrerseits hebt hervor, daß der Sowjetbotschafter demnach von einer kommunistischen Mitarbeit spricht. Wie verträge sich das mit der alten These des Sozialismus, daß er der gedachte Feind des Sozialismus sei?

Die Erklärungen des russischen Botschafters dürfen aber nicht einfach als zufällige oder gelegentliche Versuchsbälle aufgefacht werden; denn die ganze Linie der russischen Politik gegenüber Rußlands ist seit Jahre und Tag auf eine entschiedene Annäherung eingestellt.

Die russenfreundliche Politik Mussolinis entspringt vor allem aus der Sehnsucht und Notwendigkeit irgendeiner Anlehnung an eine andre Macht. Denn Italien ist augenblicklich vollständig isoliert. Ingleich treibt Mussolini das gegen England um immer weiter auf der Bahn einer höchst antienglischen Politik. Mussolini war schon, ehe er zur Macht kam, antienglisch eingestellt. Seine Sprache im „Popolo d'Italia“ gegenüber England ließ nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Als er dann zur Regierung kam, ließen zunächst die Angriffe gegen England etwas nach, zugleich aber sagte er alle Hebel an, um einen antienglischen Kontinentalblock zustande zu bringen. Deshalb beteiligte er sich mit Frankreich an der Ruhrbesetzung, in der Hoffnung, auf diese Weise Poincaré für seine antienglischen Pläne gewinnen zu können. Er sah sich gezwungen, und die Ruhe verlor an Interesse für ihn. Dann kam das Abenteuer von Stowra, dessen Klammage er in erster Linie den Engländern verdachte. Aberall, wo er mitmachen wollte, gleichgültig ob es in Warschau oder sonstwo war, fand er die fähle Ablehnung der Engländer. Infolgedessen ist der Haß Mussolinis gegen England immer härter geworden. Mussolini ist in seinem Haß gegen England derartig befangen, daß er Anlehnung an ein Rußland sucht, zu dem wohl außer ihm kaum ein anderer so viel Vertrauen hat, daß er enge Beziehungen für nutzbringend nach beiden Seiten hält. Auf Mussolini wird wohl die Erfahrung machen, daß die Russen zwar dem Vorteil, er aber im entscheidenden Augenblick das Moskische haben wird. Inzwischen mag Rußland den Haß Mussolinis gegen England ans. Mussolini ist eben nur Temperament, nicht Staatsmann.

Beginn der Londoner Besprechungen

London, 1. September. (Eig. Kunspruch.)

Die juristischen Besprechungen über den Rheinpaß, die vorwiegend die ganze Woche ausfüllen werden, haben am Montag nachmittag im englischen Außenamt in Anwesenheit von Sir Cecil Cazalet und Dr. Gaus und eines italienischen Diplomaten, der den erst am Dienstag eintreffenden offiziellen italienischen Beobachter vertrat, begonnen. Der Charakter der Besprechungen ist im wesentlichen informativ. Man wird die Mission von Dr. Gaus in London darin erblicken können, von den Alliierten, die sich bisher lediglich über Schiedsgerichtsverträge ausföhrlich geäußert haben, Aufklärung über ihre Auffassung von der Gestaltung des Rheinpaßes selbst zu erhalten. Ein endgültiges Ergebnis darf jedoch von dieser juristischen Besprechung nicht erwartet werden. Der deutsche Vertreter Gaus wurde bei seiner Ankunft von der englischen Presse mit besonderer Wärme begrüßt, wobei besonders auf die von ihm durchgeführte Vorbereitung des Dawesvertrages rühmend hingewiesen wurde.